

Einzelnummer 1 K. | 3. Jahr. | Nr. 35

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Jüdisches Volksblatt

Abonnement ¼jährl. K 20.— monatl. K 7.—

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Freitag, 13. V. 1921. | 5. Ijar 5681.

Unruhen in Jaffa.

Offizielle Meldung der Zionistischen Kommission.

Die Exekutive der Zionistischen Organisation in London veröffentlicht unter dem 4. Mai folgende Kundgebung: Die letzten Berichte über die antijüdischen Ausschreitungen in Jaffa besagen, daß keine Erneuerung der Exzesse seit Montag, den 2. Mai vorgekommen ist. Der übrige Teil des Landes ist ruhig. Die Regierung von Palästina ergreift alle Maßnahmen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und Leben und Eigentum zu schützen.

Kein Bericht, weder die offiziellen noch die inoffiziellen, berechtigt zu der Annahme irgend eines Zusammenhanges zwischen den Ereignissen und der Aktion der Kommunisten, auf die in dem offiziellen Bericht bezug genommen wird. Die Kommunisten sind ganz unbedeutend an Zahl, und da sie eine Politik der Verbrüderung mit den Arabern verfolgen, ist es klar, daß sie die Araber nicht angegriffen haben können. Offensichtlich wurde die Gelegenheit von antijüdischen Agitatoren ausgenützt, um die Juden anzugreifen. Hierfür spricht die aktive antijüdische Propaganda, die seit Monaten vor sich geht.

Die Exekutive der Zionistischen Organisation ruft jeden Zionisten auf, ruhig zu bleiben. Die britische Regierung und die öffentliche Meinung werden sich von Gewalttat und Unordnung nicht beeinflussen lassen. Der Oberkommissär besitzt das unerschütterliche Vertrauen des ganzen jüdischen Volkes und aller friedliebenden Elemente in Palästina.

Die zionistische Sache steht fest. Der Verlust kostbarer jüdischer Leben wird eine Welle der Sympathie in der ganzen Judenheit hervorrufen. Unsere Herzen sind erfüllt mit Schmerz um die Opfer der Ausschreitungen, aber dieses Verbrechen wird nur den Entschluß des jüdischen Volkes verstärken, Palästina als eine nationale Heimstätte wieder aufzubauen. Jeder Zionist und jeder Jude muß einsehen, daß diese Ereignisse nicht vorgekommen wären, wenn es möglich gewesen wäre, die Zehntausende in das Land hineinzubringen, die vor seinen Toren warten. Das einzige Hindernis, das bewirkt hat, daß sie nicht nach Palästina kommen konnten, ist die Unzulänglichkeit der materiellen Mittel, die der Zionistischen Organisation vom jüdischen Volk zur Verfügung gestellt wurden. Die Antwort des jüdischen Volkes auf die Ergebnisse von Jaffa muß in der Bereitstellung genügender Mittel für die mächtig angewachsene Einwanderung und für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Ruhestörungen bestehen. Ergebenheit an die Zionistische Sache wird so und kann nur so bewiesen werden. Jede Verzögerung heißt Verrat an unseren Brüdern, die für unser Ideal in Palästina kämpfen.

Die Verantwortung für die unmittelbare Zukunft liegt jetzt bei den Landesorganisationen. Die Exekutive erläßt diesen ernsten Warnungsruf an alle Verbände und fordert Vertrauen in die zionistische Sache, absolute Ruhe und unverzügliche, energische Arbeit. (Ziko.)

Weitere Meldungen.

Ueber die Unruhen in Jaffa liegen folgende offizielle Meldungen vor:

Telegramm des Oberkommissars Herbert Samuel vom 2. Mai. Am 1. Mai fand in der jüdischen Vorstadt Jaffas eine Maifeier statt, die von jüdischen Kommunisten gestört wurde. Die letzteren wurden in das mohammedanisch-jüdische Viertel woher sie gekommen waren, zurückgedrängt. Es ist noch nicht aufgeklärt, wodurch es hierbei zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen Arabern und Juden kam, wobei mehrere Juden und Araber getötet wurden. Es wurden sofort Regierungstruppen aus Ludd, sowie einige Panzerautomobile aus Jerusalem herbeigerufen, die die Ruhe ohne weiteres Blutvergießen wiederherstellten. Die Nacht verlief ruhig. Am folgenden Morgen begannen die Unruhen von neuem, und einige weitere Juden und Araber wurden getötet. Es mußten weitere Truppen, Panzerautomobile und Polizei herbeigeholt werden. Bei dem ersten Gerücht über die Unruhen begab sich General Deedes nach Jaffa. Einige höhere Beamte, sowie angesehene Führer der Araber und der Juden gingen durch die Straßen, und es gelang ihnen das Volk zu beruhigen. Der Belagerungszustand brauchte nicht verhängt zu werden.

Im ganzen wurden über 30 Juden und 10 Araber getötet und 140 Juden und 37 Araber verwundet. Mehrere Läden wurden geplündert und über 60 Personen verhaftet. Im übrigen ist das Land vollständig ruhig.

Am 2. Mai erneuerten sich die Unruhen, wurden aber schnell wieder beigelegt, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Am 3. Morgens kamen neuerlich vereinzelte Ueberfälle vor. Daraufhin wurde das Standrecht proklamiert. Seitdem ist die Stadt ruhig.

Nach einer Meldung der Zionistischen Kommission haben sich die Herren Sokolow und Eder nach Jaffa begeben.

Der bekannte hebräische Schriftsteller J. Ch. Brenner wurde in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.

Kundgebung der Exekutive der Zionistischen Organisation.

Jaffa, 3. Mai. Am 1. Mai kam es in der Altstadt von Jaffa zu Unruhen, die zu schweren Ausschreitungen führten. Ein von den Behörden ausdrücklich zugelassener Umzug der jüdischen Arbeiter verlief vollkommen friedlich, ungeachtet des Versuches einer Handvoll Kommunisten, Zwischenfälle hervorzurufen. Araber benutzten die Gelegenheit zu Angriffen gegen Juden und zur Plünderung jüdischer Läden. Ein heftiger Angriff richtete sich gegen die jüdische Herberge, wobei Männer, Frauen und Kinder mißhandelt wurden. Offenkundige Beweise liegen vor für die Teilnahme der arabischen Polizei an den Unruhen. Die arabische Menge wurde von den Parteiführern aufgereizt, die gegen das britische Mandat und die jüdischnationale Heimstätte hetzten. 27 Juden wurden ermordet, ungefähr 150 verwundet. Die Stadt ist jetzt vom Militär besetzt. Das jüdische Stadtviertel Tel-Awiw ist unter den Schutz demobilisierter jüdischer Soldaten unter Führung jüdischer Offiziere gestellt.

Nach einem Telegramm des Oberkommissars von Palästina, Sir Herbert Samuel, entstanden infolge falscher Gerüchte am 2. Mai neue Unruhen, die aber sofort beigelegt wurden und keinerlei ernste Zwischenfälle hervorriefen. In Jaffa ist die Ruhe wiederhergestellt, nirgendswo sonst im Lande waren Zwischenfälle zu verzeichnen. Die Schuldigen werden in beschleunigtem Verfahren abgeurteilt werden.

Die Beerdigung der Opfer fand am 3. Mai unter großer Teilnahme der Bevölkerung statt. (Ziko.)

J. Ch. Brenner.

J. Ch. Brenner, der unter so tragischen Umständen den Tod gefunden hat, gehörte zu den prominentesten Begabungen der hebräischen Literatur und entfaltete in der Novellistik seine besondere Meisterschaft. Seine tiefbohrende psychologische Art, die Gestaltungskraft, mit der er die Figuren aus dem Ghetto zu schildern wußte, und der eigenartige Pessimismus, der seine Darstellung kennzeichnete, bereicherte die neue hebräische Literatur um eine neue Note. Seinen literarischen Ruf begründete er, als er noch in jungen Jahren zur Zeit der ersten russischen Revolution in London seinen „Hameorer" herausgab, den „Wecker", in welcher Monatsschrift sehr wertvolle Arbeiten aus seiner Feder erschienen. Später übersiedelte Brenner nach Palästina, um innerhalb des sich entfalteten hebräischen Sprachlebens seine literarische Tätigkeit fortzusetzen. Eine Pause in seinem Schaffen trat ein, als sich Brenner der Publizistik zuwandte. Er wurde Redakteur der „Haadama", des Fachorgans der palästinensischen „Poale Zion", welchen sich der stark sozial empfindende Dichter angeschlossen hatte. In der letzten Zeit hat Brenner wieder fleißiger produziert und seinem jüngsten Roman „Sch'chol wekischaron" werden ganz besondere Vorzüge nachgerühmt. Eine Novelle ist noch im Druck. Brenner hat die Konsequenzen seiner Auffassung gezogen und mit den Chaluzim am Straßenbau mitgearbeitet. Ein böses Geschick hat ihn, der zufällig in Jaffa weilte, in frühen Jahren, mitten in voller Schaffenskraft, hinweggerafft. Die junge neuhebräische Literatur verliert in ihm einen ihren besten Vertreter. (W. M. Z.)

Kommunistische Meldung.

Die Wiener „Rote Fahne" bringt folgende Meldung ihres Berichterstatters aus Alexandria vom 1. Mai (der Herr sitzt wohl näher dem Stefansturm): Am 1. Mai verbreiteten die Kommunisten in Jaffa (Palästina) ein Manifest in arabischer und jüdischer Sprache, das die Solidarität des arabischen und jüdischen Proletariats betont. Die Demonstration wurde von zionistischen Nationalisten angegriffen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, wobei 23 Araber und Juden getötet und 150 verwundet worden sind. Für die Zusammenstöße sind die im Dienste der englischen Regierung stehenden chauvinistischen Zionistenführer verantwortlich.

Feuilleton.

Bismarcks Stellung zum Judentum.

Das „Israelitische Familienblatt", Hamburg, berichtet:

In dem überfüllten Hörsaal der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums zu Berlin sprach Ministerialrat Dr. Otto Jöhlinger, der sich speziell mit der Erforschung Bismarcks als Staatsmann an Hand der Original-Akten und unveröffentlichten Quellen beschäftigt, über die Stellung des Fürsten Bismarck zur jüdischen Frage. Der Redner kam dabei zu einer ganz neuen Beurteilung des Fürsten Bismarck. Während man gemeinhin angenommen, daß Bismarck ein Feind der Juden gewesen sei, zum mindesten aber der antisemitischen Bewegung sympathisch gegenüberstand, zog Dr. Jöhlinger aus dem Material, das er eingesehen hat, ganz andere Schlußfolgerungen. Man kann die Tätigkeit Bismarcks von seinem ersten Auftreten 1847 bis zu seinem Tode im Jahre 1895 auf wenigen Gebieten einheitlich beurteilen. Was der Junker von Kniphoff gesagt hat, unterscheidet sich erheblich von dem, was der Staatsmann Bismarck getan hat, und wie Ziegler mit Recht darauf hingewiesen hat, daß der Bismarck, der aus Frankfurt a. M. kam, ein anderer war, als der Bismarck, der nach Frankfurt a. M. ging, so ist auch in der Stellung Bismarcks zur Judenfrage eine Wendung eingetreten. In Frankfurt a. M. hat Bismarck die Juden kennen und schätzen gelernt, und das ist von erheblichem Einfluß auf seine ganze Gesinnung gewesen, und so kam Ministerialrat Dr. Jöhlinger zu einer Einteilung in der Beurteilung Bismarcks in verschiedene Zeitabschnitte. In der Zeit bis zu seiner Berufung nach Frankreich a. M. ist Bismarck kein Judenfreund, ja, er steht den Juden stellenweise sogar direkt ablehnend gegenüber. Aus seiner Frankfurter Tätigkeit haben wir öffentliche Kundgebungen über die Juden gar nicht. Von dem Augenblick seiner Berufung in das Preußische Ministerium bis zum Rücktritt hat Bismarck amtlich gegen die Juden überhaupt nichts gesagt, und auch in den Akten, die Dr. Jöhlinger durchgearbeitet hat, findet sich nichts, was irgendwie auf eine Gegnerschaft Bismarcks gegen die Juden schließen läßt. Der Redner verweilt längere Zeit bei dem Gesetz, das den Juden die gleichen bürgerlichen Rechte verleiht und das die Unterschrift Bismarcks trägt. Dieses Gesetz ist mit den preußischen Stimmen angenommen worden. Dagegen stimmten im Norddeutschen Bundestag nur die beiden Vertreter Mecklenburgs.

Der Redner charakterisiert dann die Stellung Bismarcks zu den einzelnen Parteien, seinen Kampf mit den Freisinnigen, der ja im Jahre 1863 seinen Höhepunkt erreichte und der Bismarck die dauernde Feindschaft der Freisinnigen einbrachte. Man darf aber den Gegensatz Bismarcks zu den damals gerade nicht weitsichtigen politischen Führern nicht als Gegensatz gegen die Juden auslegen. Es war eine reine politische Antipathie, die Bismarck sie ebenso sehr gegen Eugen Richter wie gegen Bebel hatte. Gegenüber dem Kampfe, den Bismarck gegen Lasker, Bamberger und andere führte, steht die ungewöhnliche Hochschätzung, die Bismarck für Lassalle empfand. Der Nachruf, den Bismarck Lassalle widmete, legt hiefür beredtes Zeugnis ab.

Vielleicht hat Bismarck zuweilen der antisemitischen Bewegung nicht den Widerstand entgegengesetzt, den manche Juden gewünscht hätten. Aber auch hier muß man sich immer wieder die politischen Zwecke vor Augen halten, die Bismarck verfolgte. Für Bismarck waren die Parteien nur Mittel im Kampf. Er benützte sie und ließ sie nach der Benützung achtlos liegen. Diesem Schicksal sind auch die Antisemiten nicht entgangen, und Bismarck hat vernichtende Worte über die Antisemiten und ihre Führer gefunden. Auf Grund der Akten über die Antisemiten zog Ministerialrat Dr. Jöhlinger die Schlußfolgerung: Bismarck ist den Antisemiten nicht zuzurechnen. Bismarcks Feinde sind auch die Feinde der Juden gewesen.

Die dritte Periode ist die Zeit im Sachsenwalde von 1890 bis 1895. Hier hat Bismarck deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er eine Lösung der Judenfrage nicht auf dem Wege sieht, den die Antisemiten andeuten. Bismarck sagt selbst, daß, wenn er noch einmal zu bestimmen hätte, der Satz eingeführt werden müsse: „La recherche de la religion est interdite." Das Forschen nach der Religion ist verboten.

Zum Schlusse wies der Redner auf die Korrespondenz Stöckers hin der sich darüber beklagt, daß Bismarck gegen alle Parteien zu Felde gezogen sei, daß er ihnen allen herbe Worte öffentlich gesagt habe, daß er aber niemals ein Wort gegen die Juden geäußert habe. Darin, so schloß der Redner, hat Stöcker recht gehabt, ein Antisemit ist Bismarck nicht gewesen, ebensowenig wie irgendein Genie, das die Weltgeschichte kennt.

*

Der Inhaltsangabe des interessanten, aufklärenden Vortrages fügen wir eine uns zugehende Kritik der Ausführungen Jöhlingers aus der Feder des Herrn Dr. Karl Pinn, Charlottenburg, an. Dr. Pinn schreibt: Der Vortrag enthielt einige Unrichtigkeiten, u. a., daß Bismarck einst zu Lassalle gesagt haben soll: „Ich hoffe, daß wir noch einmal zusammenarbeiten," worauf dieser erwiderte: „Will der Herr Kanzler etwa Advokat werden?" Der gleiche Scherz wird auch von Lasker erzählt und paßt da schon besser, da Lassalle nie Advokat war, wenngleich er den Vermögensprozeß der Gräfin Hatzfeldt als Sachverwalter u. Berater führte. Wahrscheinlich ist diese Aeußerung aber nie gefallen. „Si non e vero, e ben trovato." — Bismarcks angeblich wohlwollende Stellung dem Judentum gegenüber in der Hauptperiode seines Lebens — hierzu ist zu bemerken: Er hat unzweifelhaft die antisemitisch-reaktionäre „Berliner Bewegung" mit Stöcker an der Spitze, Adolf Wagner (der damals Erzantisemit war) und dem sogenannten „schwarzen Cremer", einem führenden Zentrumsabgeordneten (daher sein Beiname, da er eigentlich blond war), wenn auch nicht ins Leben gerufen, so doch tatsächlich und tat-

Jaffa.

Als zu Peßach des vorigen Jahres die Nachricht kam, in Jerusalem, am Sitze der britischen Militärverwaltung in Palästina, habe es Ausschreitungen der Araber gegen Juden gegeben, wobei fünf Juden getötet und eine große Anzahl verwundet würde, da ergriff berechtigte Empörung alle billig denkenden Menschen, insbesondere in England, und es wurde auf das entschiedenste die Forderung gestellt, derartige schmachvolle Vorgänge für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Leitung der Zionistischen Organisation, die sich schon damals als die politische Sachwalterin des jüd. Volkes fühlte, verlangte insbesondere die sofortige Entscheidung über den politischen Status Palästinas, die offizielle Uebernahme des Mandats durch England, die feierliche Bestätigung der Balfourschen Deklaration und, zum Zeichen für den Ernst all dieser Beschlüsse, die sofortige Ersetzung der Militäradministration durch eine Zivilverwaltung. Was wir fast für unmöglich gehalten hatten, geschah: unsere Forderungen wurden unverzüglich verwirklicht und auf den Pogrom in Jerusalem folgte San Remo.

Aber sogleich nach San Remo wies die zionistische Leitung darauf hin, daß San Remo allein, daß Beschlüsse der Großmächte die jüdische Heimstätte nicht aufbauen können, daß unsere Lage nicht aufhören könne, unsicher und gefährlich zu sein, wenn wir nicht selbst für die Sicherung arbeiten, wenn wir nicht durch großzügige und rasche Einwanderung und Ansiedlung in Palästina eine Lage schaffen, die aus sich selbst heraus Zwischenfälle wie die Exzesse in Jerusalem verhindere.

Seit San Remo ist ein Jahr vergangen und das jüdische Volk hat noch immer nicht den vollen Ernst der Situation erfaßt. Nur zögernd geht es daran, die Voraussetzung zu schaffen, die als einzige noch fehlt, und deren Fehlen uns hindert, sogleich an das Aufbauwerk zu gehen: die Bereitstellung großer finanzieller Mittel. Und wenn es irgend jemand gegeben hat, der daran zweifeln konnte, daß die Warnung der zion. Organisation berechtigt war, wenn es noch irgend jemand gegeben hat, der sich in Sicherheit wiegte, wenn es noch irgend jemand gegeben hat, der glauben konnte, eine langsame Besiedlung etwa auf Grund vorhergehender kapitalistischer „wirtschaftlicher Durchdringung" — wenn es noch irgend jemand solchen gegeben hat, so mußten ihm die letzten Nachrichten aus Jaffa die Binde von den Augen reißen. Noch ist der Hergang der Ereignisse nicht restlos aufgeklärt; aber das eine ist klar: aus irgend einem Anlaß kam es zu einem Ausbruch von Feindseligkeiten arabischen Pöbels gegen die Juden und vierzig Menschenleben blieben als Opfer. Wenn man bedenkt, wie zwerghaft klein noch unser Jischuw in Palästina ist und wie jeder einzelne Mensch dort mehr bedeutet als irgendwo anders in der Welt, wenn man bedenkt, daß unter den schmählich Ermordeten junge und überaus wertvolle Kräfte sind, dann muß jeder Jude in tiefer Trauer um die neuen Opfer erzittern. Aber der Fall von Jaffa bedeutet noch mehr. Er zeigt wie im Blitzlicht, wie unsere Lage ist und was uns fehlt. Niemand glaube, es sei die große Masse des arabischen Volkes in Palästina, die aus innerem Antrieb den Juden von sich stößt und bekämpft. Ein kleines Häuflein selbstsüchtiger Effendis, arabischer Großgrundbesitzer, die sich in ihrer privilegierten Ausbeuterstellung durch den neuen sozialen Geist des jüdischen Aufbaues bedroht fühlen, und ein noch kleineres Häuflein Intellektueller, exaltierter Fanatiker, malen der dumpfen arabischen Masse das Schreckgespenst einer jüdischen Oberherrschaft vor, die sie unterdrücken oder verdrängen wolle. Durch Monate und Jahre systematisch betriebene Hetze und Wühlarbeit haben es zustandegebracht, einen Anlaß zu gewalttätigem Ausbruch zu schaffen. Aber diese Erscheinung, daß eine Handvoll politischer Desperados ein großes friedliebendes Volk verhetzt, wäre nicht möglich, wenn nicht der jüdische Jischuw selbst armselig und schwach wäre, wenn er sich nicht vom Judentum der großen Welt draußen verlassen fühlte, wenn er an äußeren Machtmitteln ebenso stark wäre wie an innerer Größe und an Idealismus. Es gibt nur ein Mittel, um in aller Zukunft bedauerliche Ausbrüche politischer Feindschaft zu verhindern: rasche Stärkung des jüdischen Elementes in Palästina, intensiver Ausbau aller unserer Positionen, unverzügliche Schaffung von neuen, Vervielfältigung des Jischuw. Und dazu gibt es einen Weg: breite, ununterbrochene Alijah; und für diese gibt es eine notwendige Voraussetzung: Schaffung der großen Geldmittel, Schaffung des Keren Hajessod.

Von den augenblicklichen politischen Wirkungen des Ereignisses wollen wir heute nicht sprechen; dazu müssen wir weitere Nachrichten aus London erwarten. Eines ist heute schon klar: die palästinensische Regierung geht eben jetzt daran, zur Entlastung des britischen Budgets und um die britische Truppenzahl in Palästina verringern zu können, eine inländische Truppenmacht aufzustellen. Diese Truppe müßte nach Lage der Dinge heute zum weit überwiegenden Teile aus Arabern bestehen. Wir werden niemals zugeben, daß der Schutz unserer Positionen, der Schutz jüdischen Lebens und Eigentums einer Truppe anvertraut werde, die dem Einfluß unserer schlimmsten Feinde offen stünde. Bei den Exzessen in Jaffa haben die arabischen Polizisten mitgeplündert. Arabische Gendarmen oder Soldaten würden nicht besser sein. Und ebensowenig können wir unseren Brüdern in Palästina zumuten, selbst in eine Truppe einzutreten, in der die Mörder und Frauenschänder von Jerusalem, in der die Mörder und Plünderer von Jaffa ihre Kameraden sein sollen.

Die palästinensische Regierung hat die Ruhe in Jaffa wieder hergestellt. Wir haben das Vertrauen zu Herbert Samuel und haben das Vertrauen zur großbritannischen Regierung, daß sie mit politischem Takt, aber unbeugsamer Energie die erklärte Politik Englands durchführen und die Schaffung eines jüdischen nationalen Heimes in Palästina ermöglichen werden.

Auf den Pogrom in Jerusalem folgte San Remo; das Unglück schlug zum Heile aus. Es wäre möglich, daß das Unglück von Jaffa seinerseits dazu führen könnte, dem jüdischen Volke in der ganzen Welt die unbedingte Notwendigkeit vor Augen zu führen, den Beschlüssen der Großmächte, den Erfolgen der Führer, den Opfern der Avantgarde nunmehr die Tat des Volkes folgen zu lassen. Und dann wäre „gam su letowah."

Herrmann.

Aus der Chronik der jüdischen Gasse.

In einer Sitzung der Gemeindevertretung der Israelitischen Gemeinde von Frankfurt a. M. verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Jüdischen Frauenbundes, in welchem dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß bei den Wahlen in der (konservativen) Synagoge am Börneplatz die Frauen übergangen wurden. Die Vertreterin der Konservativen, Frau Adele Meyer, erklärte hierzu, sie stehe auf dem Boden der Tradition, doch sehe sie nicht ein, warum in der Frauenabteilung nicht Frauen die Aufsicht führen, also als Synagogenvorsteher fungieren sollen.

*

In den „Alldeutschen Blättern" teilt von Vietinghoff-Scheel mit, daß Verbände, die zum Teil außerhalb der Oeffentlichkeit wirken, sich „Orden" nennen und nach Art der Logen eingerichtet zu sein scheinen, Mißtrauen gegen den Alldeutschen Verband säen und behaupten, „daß die Leitung des „Alldeutschen Verbandes" freimaurerischen, jüdischen Einflüssen unterworfen sei, so daß offenbar der Alldeutsche Verband und seine Führer nicht als die geeigneten Vorkämpfer des völkischen Lebens angesehen werden können." Freiherr von Vietinghoff-Scheel erhebt feierlich seine Finger zum Schwur, daß solche Behauptung, die er nur als „fixe Idee" bezeichnen könne, unrichtig sei. Er bittet alle Alldeutschen, denen solche Verdächtigungen des Verbandes zu Gehör kommen, festzustellen und mitzuteilen, von wem sie ausgehen.

*

Die „Weltbühne" veröffentlicht in den letzten Wochen eine Reihe von Briefen aus Bayern, die von den dortigen politischen Zuständen ein Bild geben und die maßlose Hetze gegen alle Ausländer schildern, wozu nicht nur Russen und Ungarn, nicht nur Deutsch-Oesterreicher, sondern überhaupt alles gehört, was nicht bayrisch und vor allem nicht arisch ist. Wir entnehmen einem dieser Briefe von Ernst Goth folgenden Bericht: Eines Tages wurde ich aus dem Schwabinger Krankenhaus angeklingelt: Frau B. wünsche mich dringend zu sprechen. Die Dame — seit langem in München lebende Schriftstellerin; gebürtige Deutsche; Witwe eines österreichischen Professors; Jüdin — hatte eben eine schwere Operation überstanden, als auch sie der polizeiliche Bannstrahl traf. Ich sollte helfen. Mühsam erreichte ich für die mit ungeheilter Wunde daniederliegende Frau einen Aufschub von — acht Tagen. Auf meinen Einwand, daß sie auch dann noch nicht reisefähig sein werde, erklärte mir ein Beamter wörtlich: „Das geht mich nichts an! Raus muß sie — wenn's drauf geht, gibt's a Jüdin weniger!" Was war da zu tun? Ich gab der Dame den Rat, den sie auch befolgte: „Schwarz", das heißt: unangemeldet zu wohnen. Das nämlich taten alle Ausländer, die München nicht verlassen wollten oder konnten, namentlich alle Künstler und Schriftsteller. „Schwarze" Quartiere waren überall zu erfragen. Die Münchener Zimmervermieterinnen hielten es mit den zahlenden Fremden und nicht mit der Polizei, deren Schnüffelorgane am Ende doch nicht jede Dachkammer Schwabings durchstöbern konnten und sich damit begnügen mußten, Hotel- und Pensionsgäste alle 8 bis 14 Tage aus dem Morgenschlaf zu schrecken, wobei oft in Wandschränken, ja selbst in größeren Koffern nach versteckten Bolschewisten gefahndet wurde; denn natürlich war „die Säuberung Münchens von politisch verdächtigen Elementen" das offizielle Motiv dieser Fremdenverfolgung, wobei die Identität von — „politisch verdächtig" und „jüdisch" selbstverständlich war.

*

Laut einem Bericht des Joint sind bereits über 60.000 Juden von den s. Zt. durch die russischen Militärbehörden aus den baltischen Provinzen nach Rußland Evakuierten nach Lettland zurückgekehrt. Man erwartet, daß noch weitere 120.000 Juden aus Sowjetrußland nach Lettland zurückkehren werden.

*

Das vom amerikanischen Senat gutgeheißene Gesetz über die Einwanderungsbeschränkung legt fest, daß von jeder Nationalität drei Prozent der Anzahl einwandern dürfen, die sich im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten aufhielt.

*

Am 1. Mai wurde die Gründungsversammlung der türkischen Juden vom Oberrabbiner eröffnet.

*

Der Zentralausschuß der kommunistischen Partei Deutschlands hat mit 36 gegen 7 Stimmen den Ausschluß Paul Levis aus der kommunistischen Partei beschlossen.

*

Wie der Warschauer „Jud" berichtet, ist am 2. April in Minsk im Alter von 84 Jahren der bekannte Leiter der Jischiba von Woloschin, Rabbi Raphael Schapira, gestorben.

*

In einem Massenmeeting der Kownoer Judenschaft wurde nach einem Bericht über die Wiener Beschlüsse des Zentralrates der Agudas Jisroel eine Resolution angenommen, welcher erklärt, daß die Versammelten gegen den Versuch der Aguda, sich als Führer des jüdischen Volkes aufzuspielen, protestieren und niemals die Aguda, sondern nur die zionistische Organisation als die Vertreterin des Volkes anerkennen.

Die nächste Nummer des „Jüdischen Volksblattes" erscheint der Pfingstfeiertage wegen erst Mittwoch, den 18. Mai.

Vom Zionismus

Der zwölfte Kongreß.

Während eine offizielle Meldung über den Ort des Kongresses noch aussteht, sind bereits in privaten Nachrichten präzise Angaben aufgetaucht. Das „Prager Tagblatt" meldet: Der zwölfte Zionistenkongreß findet in Karlsbad anfangs September in den Orpheumsälen statt. Eine Meldung der „Züricher Preßzentrale" besagt: Die Zionistische Exekutive hat vorläufig die Einberufung des Kongresses für den 4. September nach Karlsbad beschlossen. Die endgültige Entscheidung soll kommende Woche getroffen werden.

Die Sitzung des Großen Aktionskomitees findet, wie wir authentisch erfahren, am 22. Juni in Prag statt.

Die amerikanische Sendung.

Die Verhandlungen zwischen Weizmann und der amerikanischen Exekutive sind am Sonntag, den 16. April, abgebrochen worden. Weizmann hat am Sonntag ein Manifest an die amerikanischen Juden erlassen, in welchem die Errichtung des Keren Hajessod-Büros in Amerika angekündigt wird. Das Manifest ist gezeichnet von Weizmann, Ussischkin, Levin und Mossinsohn.

Die Vorschläge, die von der amerikanischen Exekutive gemacht und von Weizmann abgelehnt worden sind, sind folgende:

1. Der Keren Hajessod wird in den Vereinigten Staaten bis zum Kongreß lediglich als Spendenfonds errichtet.

2. Es wird ein Board of Trustees geschaffen, der Vertreter des Misrachi, der Poale-Zion und Nichtzionisten enthält.

3. Das Geld soll in amerikanischen Banken liegen bleiben; als einzige Ausnahme soll davon genommen werden das Budget der Medical Unit, welche die erste Belastung des Fonds darstellt, und monatliche Beiträge zum Palästina-Budget, über die die Exekutive der Weltorganisation monatlich der Landesorganisation Rechnung legen muß. Die monatlichen Ausgaben sollen in strengster Uebereinstimmung mit dem Budget gemacht werden, und über den Kongreß hinaus darf keine Verpflichtung eingegangen werden. Ausgaben, die nicht im Budget vorgesehen sind, sollen nach einer besonderen Vereinbarung zwischen Weizmann und Judge Mack gemacht werden.

4. Der nächste Zionistenkongreß soll über alle Fragen des Keren Hajessod entscheiden, einschließlich der Verwendung des nach Bezahlung aller Budgetposten in Amerika übriggebliebenen Fonds.

In zwei vorbereitenden Versammlungen, wo Ussischkin und Levin sprachen, wurden 350.000 Dollar gezeichnet.

Das neueröffnete Keren Hajessod-Büro untersteht der Leitung eines Komitees, in dem die aus der Landesexekutive ausgeschiedenen Mitglieder, ferner die Poale Zion, der Misrachi, der Zeire Zion und der Orden B'ne Zion vertreten sind. Brooklyner Kaufleute haben sich verpflichtet, eine Million Dollar aufzubringen. Die Vorsitzenden der Bezirksgruppen Groß-New Yorks haben mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, von Mack zu fordern, daß er entweder die Opposition gegen den Keren Hajessod aufgibt oder zurücktritt.

Von Peter Schweitzer, dem jetzt in Palästina weilenden Schatzmeister der amerikanischen Zionistischen Organisation, ist eine telegraphische Aufforderung an Brandeis und Mack eingetroffen, unverzüglich die Arbeit für den Keren Hajessod aufzunehmen, da jede Verzögerung infolge der jetzigen Lage in Palästina zum Unglück gereichen könne.

Einstein und Ussischkin verlassen Amerika Ende Mai, während Weizmann dort bis Ende Juni, Dr. Levin und Mossinsohn bis Ende August verbleiben sollen. Einstein wurde einer „Times"-Meldung zufolge, zum auswärtigen Mitgliede der Royal Society ernannt. (Die Royal Society, welche ungefähr unseren Akademien der Wissenschaften entspricht, wurde 1645 als Privatgesellschaft zu Oxford gegründet und 1662 durch kgl. Charter genehmigt. Die Aufnahme der Mitglieder (Fellows) erfolgt durch Wahl.) Einstein wird auf Einladung des Kings College in London eine Reihe von Vorlesungen über seine Theorie halten; auch wird er Manchester besuchen.

Einstein vor den New Yorker Journalisten.

M. 3. — Albert Einsteins Erscheinen in New York war, wie man den amerikanischen Blättern entnehmen kann, eine der größten Sensationen, die das sensationslüsterne New Yorker Publikum je gehabt hat. So viele irdische Berühmtheiten man auch schon gesehen

---

kräftig mit Geldern aus dem zur Zeit (Anfang der 80er Jahre) bestehenden „Reptilienfonds" unterstützt, den Genannten eine Audienz bei dem alten Kaiser Wilhelm vermittelt und den „schwarzen Cremer" kurz nach den Reichstagswahlen 1881 zu sich nach Varzin eingeladen, ihn zum Uebernachten genötigt und ihm sogar — sein Nachthemd geliehen. Daß ihm später „die Geister, die er rief," vielfach unbequem wurden und er besonders Stöcker gern in den Hintergrund drängen wollte, um dessen weitgehenden Einfluß bei Wilhelm II. zu Beginn seiner Regierungszeit zu hindern, beweist ebensowenig wie die anerkennenden Bemerkungen, die er dem jüdischen Papierfabrikbesitzer Behrendt in Aumühle bei Friedrichsruh, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, im Herbst 1882 vor den Landtagswahlen machte, indem er an ihn große Intelligenz, nicht bloß in geschäftlichen Dingen, sondern auch auf wissenschaftlichem Gebiete, rühmend hervorhob, ebenso das musterhafte jüdische Familienleben, ihren unermüdlichen Fleiß und Sparsamkeit anerkannte, die Juden als moussierendes Element bezeichnet, die „Kreuzung eines jüdischen Hengstes mit einer christlichen Stute" als wünschenswert hinstellte und dergleichen mehr.

Jedenfalls war die Stellung des Realpolitikers Bismarck zu unserer Glaubensgemeinschaft eine mindestens zweideutige. Nach ihm also als dem „Schöpfer der Judenemanzipation in Deutschland" eine jüdische Loge zu benennen, wie der begeisterte Bismarckverehrer Dr. Otto Jöhlinger vorschlug, haben wir keinerlei Veranlassung.

Zionistenkongreß im September!

Zahlet den Schekel!

und begrüßt habe, heißt es verschiedentlich, so habe doch New York noch nie vorher das Glück genossen, eine „kosmische Berühmtheit" bei sich zu sehen. Einstein aber sei nach Sir Isaak Newton die erste kosmische Berühmtheit der Weltgeschichte, und da es Newton aus den verschiedensten triftigen Gründen versäumt hat, New York zu besuchen, so sei das Erscheinen Einsteins eine noch nie dagewesene Denkwürdigkeit in der Geschichte der Stadt. Obwohl Einstein nicht als Gelehrter nach der neuen Welt kam, sondern um die zionistischen Bestrebungen zu unterstützen, ließ man natürlich nicht die Gelegenheit vorübergehen, um möglichst Genaues von ihm über seine Relativitätstheorie zu erfahren. Der Sturm der Zeitungsmänner setzte daher sogleich nach seinem Eintreffen mit einer unerhörten Stärke ein. Einstein wurde in seinem Hotel auf Schritt und Tritt von wißbegierigen Journalisten verfolgt, die ihm mit gezücktem Bleistift in den Weg traten, ihn in eine Ecke drängten und nicht losließen. Da Einstein nicht Englisch spricht, so mußten sich die Unterhaltungen mit Hilfe eines Dolmetschers vollziehen, was nicht gerade zur Klärung der Situation beitrug. Als Proben seien einige der Fragen und Antworten in diesem heftigen Kreuzverhör zur allgemeinen Belustigung erzählt. Man drängte in ihn, seine Relativitätstheorie dem gespannt aufhorchenden Publikum in ganz wenigen, einfachen Worten mitzuteilen, und Einstein sprach freundlich: „Bis meine Theorie erschien, glaubte man, daß, wenn das Universum vernichtet würde, Raum und Zeit bleiben würden. Aber meine Theorie beweist, daß, wenn das Universum vernichtet ist, Zeit und Raum mitvernichtet werden. Das ist Relativität." Noch niemals waren New Yorker Journalisten so verdutzt wie nach dieser Rede. Aber da man nun einmal noch keine „kosmische Berühmtheit" interviewt hatte, so suchte man sich zu fassen und nach einiger Zeit brachte ein besonders unerschrockener Ausfrager das Folgende vor: „Wenn Zeit und Raum verschwinden, wohin gehen sie denn da eigentlich?" Auch auf diese indiskrete Frage erwiderte der Professor sogleich in liebenswürdigster Weise. Er sagte dem Dolmetscher etwas und dieser setzte nun den Journalisten auseinander, daß Professor Einstein 27 Minuten und die schwierigsten math.-albegebr. Rechnungen brauchen würde, um diese Frage zu beantworten. Darauf herrschte wieder tiefes Stillschweigen, die amerikanischen Zeitungsleute suchten mühsam nach Fassung. Dann sprach ein anderer: „Man sagt, daß nur zwölf Menschen in der Welt verstehen, was Prof. Einstein meint." Das war als ein Kompliment gemeint und als ein Versuch, die Unterhaltung fortzusetzen. Einstein nahm die Aeußerung aber durchaus nicht so auf. „Aber nein", sagte er entrüstet, „wenn ich meine Theorien in meinem Hörsaal auseinandersetze, dann verstehen alle meine Studenten, was ich meine. Warum sollten sie auch nicht?" Darauf folgte wieder ein längeres Stillschweigen. Den Reportern wurde unheimlich zumute und sie fürchteten, daß dieser so gemütlich dreinsehende Herr, wenn sie noch lange warteten, vielleicht selbst in den Kosmos verschwinden würde, und dachten voll Angst an ihre Artikel. Aber Frau Einstein, die dabei stand, half ihnen. Ein Reporter wandte sich an sie und fragte, ob sie verstehe, was der Professor meine. „Ich verstehe jedesmal ausgezeichnet, wenn er es mir erklärt," sagte sie. „Aber den nächsten Tag habe ich es immer wieder vergessen, und dann muß er es mir wieder erklären." „Sind Sie darüber sehr unglücklich?" fragte ein Neugieriger. „Nein, durchaus nicht," antwortete Frau Einstein, „ich bin nie unglücklich." Daraus schöpften die Journalisten Mut und verließen fluchtartig die „kosmische Berühmtheit".

Zionismus in Tunesien.

Wie aus Tunis mitgeteilt wird, wurde dort kürzlich eine Zionistische Föderation für Tunesien gebildet, der sich sieben zionistische Gruppen angeschlossen haben. Gruppen von Zionisten bestehen jetzt in allen bedeutenden Plätzen. Sie rekrutieren sich überwiegend aus den Kreisen des kleinen Handels und des kleinen Handwerks. Der jüdische Gedanke wird jetzt in Tunis von einer Reihe von Zeitungen gepflegt, von denen drei in französischer Sprache erscheinen und der Rest in dem landläufigen arabisch-jüdischen Idiom. Die wichtigste zionistische Gruppe besteht natürlich in der Hauptstadt Tunis, wo von den annähernd 100.000 Juden des Landes fast 60.000 leben. Sehr bedauerlich ist es, daß der bewußt-jüdische Gedanke wenig Rückhalt in den Schulen findet, die nahezu alle von der Alliance unterhalten werden. Sie vernachlässigen die hebräische Sprache und die jüdische Ausbildung, nehmen gleichmäßig jüdische und nichtjüdische Schüler auf und sind nur auf die Abgabe von Kenntnissen eingestellt, hingegen nicht auf die Bildung der Persönlichkeit.

Erez Israel.

Die Besiedlung.

Eine neue Gartenstadt bei Jaffa.

Im Frühling 1914 gründeten mehrere Bewohner Jaffas, ermutigt durch den Erfolg von Tel-Awiw, eine neue Gartenstadtgesellschaft, „Ir-Gan" (Gartenstadt), um in der Nähe von Jaffa eine zweite Gartenstadt zu errichten, die aber im Gegensatz zu Tel-Awiw auf dem Grundsatz der eigenen jüdischen Arbeit und der Ausschaltung jeder Bodenspekulation und jeden Mietswuchers aufgebaut sein soll. Der Krieg zwang die Gesellschaft, ihre Tätigkeit einzustellen, die aber jetzt, nach der Eröffnung des Katasters und des Zustroms neuer Emigranten wieder aufgenommen wurde. Das erworbene Terrain umfaßt 2400 Dunam (1 Dunam = 919 Quadratmeter) und liegt halbwegs zwischen Jaffa und Petach-Tikwah, an der diese zwei Orte verbindenden Eisenbahnlinie. Die Gartenstadt wird aus 480 Parzellen von je 5 Dunam bestehen, die pro Parzelle 50 ägypt. Pfund plus 10 Prozent allgemeinen Unkosten betragen. Zwei Drittel dieses Betrages müssen von jedem Mitglied sofort angezahlt werden. Die Gesellschaft steht mit Kapitalisten zwecks Erlangung eines Baukredites in Verbindung. Ueber 200 Parzellen sind bereits verkauft. Als Mitglied wird jeder aufgenommen, für den zwei ältere Mitglieder die Bürgschaft übernehmen. Nach dem Statut der Gesellschaft dürfen sämtliche Arbeiten in dieser Gartenstadt nur entweder von den Mitgliedern selbst oder von jüdischen Arbeitern vorgenommen werden. Ohne Zustimmung der Stadtvertretung darf keine Parzelle verkauft oder ihr Preis erhöht werden. Der Stadtgemeinde gehört auch das Vorkaufsrecht. Falls der Nationalfonds beschließen sollte, den gesamten Boden Palästinas zu nationalisieren, verpflichten sich die Mitglieder, auch ihre Parzellen widerspruchslos abzutreten, wobei sie als Pächter auf dem Boden weiterhin verbleiben dürfen. Die ganze Stadt wird als eine Kommune betrachtet, und alle Mitglieder verpflichtet, die Verordnungen und die Statuten der Gemeinde einzuhalten.

Jüdisches Viertel in Haifa.

Ein Komitee unter dem Vorsitz von Boris Goldberg hat jetzt mit dem Bau eines neuen jüdischen Viertels in Haifa begonnen, welches den Namen Hadar-Carmel (Karmel-Pracht) tragen soll. Es wird aus 50 an dem Fuße des Karmel erbauten Häusern bestehen, die das Eigentum des Jewish Development Co. sind. Es ist dies der erste Schritt, um Wohnungen für die ständig wachsende jüdische Bevölkerung Haifas zu schaffen.

Kulturelles.

Hebräische Kurse für englische Beamte.

Die palästinensische Regierung hat alle in Palästina tätigen englischen Beamten angewiesen, eine der beiden anderen offiziellen Sprachen des Landes, Hebräisch oder Arabisch, zu lernen. Sie eröffnete Abendkurse für beide Sprachen, und die ersten Prüfungen werden im nächsten Dezember stattfinden. Die Kommission für hebräischen Beamtenunterricht besteht aus den Herren Yellin, E. M. Lipschütz und dem Inspektor für das jüdische Schulwesen bei der palästinensischen Regierung, Sekretär des Waad Hachinuch, Doktor Duschkin. Der Unterricht hat in diesem April begonnen.

Offizieller Teil.

An unsere jüdischen Mitbürger!

Die Londoner Exekutive der Zionistischen Weltorganisation hat den zwölften Zionistenkongreß für Ende August dieses Jahres einberufen. Der Kongreß wird aller Voraussicht nach in einer Stadt der tschechoslowakischen Republik tagen.

Die Aufgabe des zwölften Zionistenkongresses wird es vor allem sein, den Weg zum großzügigen Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina zu weisen. Dieser Aufbau ist nicht mehr Angelegenheit einer Fraktion im Judentum, sondern Aufgabe aller Juden der Welt. Die Zionistische Organisation, die die Vorbedingungen für den Aufbau geschaffen hat, der vor allem die politische Grundlage in Form des zwischen den Großmächten vereinbarten Mandatsvertrages für Palästina zu danken ist, die Zionistische Organisation stellt jene Gruppe innerhalb des jüdischen Volkes dar, welche den Aufbau Palästinas am konsequentesten verficht und ihn am ausschließlichsten unter politisch-nationalen Gesichtspunkten betrachtet. Beweggründe religiöser und humanitärer Natur sind auch im Zionismus wirksam, doch sieht er die Möglichkeit der Erfüllung des jüdischen Willens zur Rückkehr in das Land der Väter auf dem Wege der großzügigen Aufschließung und Besiedlung des Landes auf Grundlage nationaler Kapitalien.

Mögen einzelne Richtungen besondere Förderungen stellen, mag die zionistische Fraktion „Misrachi" den Aufbau ausschließlich im Geiste der religiösen Ueberlieferung, mag die entschiedene nationalpolitische Betätigung auch in den jetzigen Wohnländern der Juden fordern, eine andere ebendiese Betätigung ablehnen — sie alle vereint das Ideal der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Erez Israel, das Ideal des Zionismus.

Heute, da die Verwirklichung des Zionismus aus dem Bereich der Utopie in den Kreis der realen Möglichkeiten gerückt ist, fordern wir unsere jüdischen Mitbürger auf, sich der allweltlichen zionistischen Organisation anzuschließen und diesen Anschluß durch Entrichtung der zionistischen Kopfsteuer, des Schekels zu bekunden.

Die Zahlung des Schekels berechtigt zur Wahl zum zwölften Zionistenkongreß. Aus allen Erdteilen werden die Delegierten der zionistischen Massen hieherströmen, um sich über die wichtigen Fragen des Palästinaaufbaues auszusprechen und Beschlüsse zu fassen. Die Juden unseres Landes, die an jüdischem Gefühle und jüdischem Stolze nicht geringer zu gehört, daß sie selbst sich in größter Zahl sind, als die irgend eines andern, werden dem Kongreß eine würdige Aufnahme bereiten. Dazu gehört, daß sie selbst sich in größter Zahl in die Reihen der Zionistischen Organisation stellen und es so ermöglichen, daß die tschechoslowakische Delegation am Kongreß eine würdige Vertretung des jüdischen Volkes in der tschechoslowakischen Republik darstellt.

Wer für den Aufbau einer jüdischen Heimstätte für das jüdische Volk ist,

wer ein Asyl für Opfer blutiger Verfolgung schaffen will,

wer die Zukunft des jüdischen Volkes sichern will, der schließt sich der Zionistischen Organisation an und zahlt den Schekel.

M.-Ostrau, 19. April 1921.

Das Exekutivkomitee des Zionistischen Zentralkomitees für den tschechoslowakischen Staat:

Finzi, Rufeisen, Herrmann, Krieger, Wagner.

Der Schekel beträgt samt der Parteisteuer in Böhmen 28 Kč, in Mähren u. Schlesien 25, in der Slowakei 30 Kč.

Zahlungen nimmt jeder zionistische Vertrauensmann und Verein, die zionistische Parteileitung für Böhmen (Prag I., Ruzova 24/III), das mähr.-schles. Distriktskomitee für die Slowakei (Bratislava, Jägerzeile 20), das Distriktskomitee für Karpathorußland (Velky Sevljus per Adresse Mor. Guttmann), sowie auch das Zionistische Zentralkomitee (Mähr.-Ostrau, Langegasse 24), entgegen. Auf Wunsch sendet das letztere Erlagscheine zu.

An alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner des zionistischen D. K. für Mähren und Schlesien!

Das mähr.-schles. Distriktskomitee fordert alle Zionisten, gemäß den Beschlüssen der Exekutive in London und des Zionist. Z. K. für die tschechoslowakische Republik auf, die Schekelagitation mit Energie durchzuführen und die verkauften Schkalim bis zum 15. Mai d. J. an das D. K. abzuführen. Zionisten in Mähren und Schlesien werbet für den Schekel.

Das zionistische Distriktskomitee für Mähren und Schlesien.

Aus den Gemeinden

Organisationsstatut

für die Rechtsschutzstelle der israelitischen Kultusgemeinde in Mähr.-Ostrau.

I.

Die Rechtsschutzstelle der israelitischen Kultusgemeinde in M.-Ostrau hat unentgeltlichen Rechtsschutz zu gewähren:

a) allen unbemittelten im Sprengel der Kultusgemeinde wohnhaften Juden welche infolge ihrer Zugehörigkeit zum Judentum in ihren Rechten gekränkt wurden,

b) allen aus dem Kultussprengel ausreisenden oder diesen Sprengel passierenden Palästinafahrern ohne Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse, sobald diese in einer unmittelbar auf die Palästinareise bezughabenden Angelegenheit Rechtsschutz benötigen,

c) den von der Armenkommission unterstützten Parteien in Angelegenheiten ihres Unterhaltes, wenn die Armenkommission darum ansucht,

d.) ferner hat die Rechtsschutzstelle über Beschluß der V. Sektion ohne Rücksicht auf die Person des Verletzten einzuschreiten, wenn aus prinzipiellen Gründen die Abwehr eines wegen Zugehörigkeit zum Judentume zugefügten Unrechtes angezeigt erscheint.

II.

Zur Leistung der für die Rechtsschutzstelle erforderlichen anwältlichen Tätigkeit sind die dem Kultusrate angehörigen Anwälte ausnahmslos verpflichtet. Ueberdies sollen nach Möglichkeit auch außerhalb des Kultusrates stehende jüdische im Kultusgemeindesprengel ansässige Anwälte zur Mitarbeit herangezogen werden. Für die von den Anwälten geleistete Arbeit darf, abgesehen vom Ersatz der effektiven Barauslagen, welchen die Kultusgemeinde vorzunehmen hat, keinerlei Entgelt gewährt werden.

Zur Besorgung der der für die Rechtsschutzstelle notwendigen nicht juristischen Arbeiten haben die in der Gemeindekanzlei tätigen Kultusgemeindebeamten zur Verfügung zu stehen.

III.

Der Leiter der Rechtsschutzstelle, sowie sein Stellvertreter, welche nicht dem Kultusrate angehören müssen, werden über Vorschlag der Sektion für soziale Fürsorge vom Kultusrate aus der Mitte der für die Rechtsschutzstelle tätigen Anwälte für die Dauer eines Jahres gewählt. Das Amt dieses Leiters sowie seines Stellvertreters ist ein unbesoldetes Ehrenamt.

Der Stellvertreter hat nur bei Verhinderung des Leiters zu amtieren, und in diesem Falle die gleichen Rechte wie der Leiter selbst.

IV.

Die Arbeitsteilung unter den Anwälten erfolgt in der Weise, daß nach einem vom Leiter festzusetzenden Turnus jeder durch je 14

Lage für Arbeiten der Rechtsschutzstelle zur Verfügung zu stehen hat. Der diensthabende Anwalt hat im Falle seiner Verhinderung während dieser Periode für seine Stellvertretung Sorge zu tragen.

Die Rechtsuchenden haben sich an die Kultusgemeindekanzlei zu wenden, welche sich mit dem diensthabenden Anwalte auf möglichst kurzem Wege (regelmäßig telephonisch) über den Zeitpunkt der Beratung des Anwaltes und dem Rechtsuchenden in Verbindung zu setzen und dem Rechtsuchenden die notwendigen Anweisungen in dieser Richtung zu erteilen hat. Zur Legitimation ist dem Rechtsuchenden eine schriftliche Anweisung in der Kultusgemeindekanzlei auszustellen.

Die Kultusgemeindekanzlei hat im Falle einer Inanspruchnahme nach Art I., Punkt a) den Rechtsuchenden ohne Weiterleitung an den diensthabenden Anwalt dann abzuweisen, wenn ihr bekannt ist, daß derselbe nicht zur Kategorie der Unbemittelten gehört und den diensthabenden Anwalt hievon zu verständigen.

V.

Alle in einer Dienstperiode angefallenen Sachen sind von dem diensthabenden Anwalte, bis zu ihrer Beendigung zu bearbeiten und zu vertreten. Als Anhaltstag der Angelegenheiten c) gilt der Tag der Beschlußfassung der Armenkommission. Der Anwalt kann jedoch die Uebernahme der Vertretung ablehnen, wenn

a) der Fall nicht in den sub. I. gekennzeichneten Kreis der Rechtsschutzstelle fällt,

b) wegen offenkundiger Aussichtslosigkeit,

c) wenn ihm im Falle einer Inanspruchnahme nach Art. I. a) bekannt ist, daß der Rechtsuchende nicht zu den Unbemittelten gehört.

Dem Rechtsuchenden steht das Recht zu, gegen diese Ablehnung beim Leiter der Rechtsschutzstelle mündlich oder schriftlich Vorstellungen zu erheben und der Leiter ist in dringenden Fällen berechtigt, der Vorstellung selbst stattzugeben und die Uebernahme des Falles durch den diensthabenden oder durch einen anderen Anwalt der Rechtsschutzstelle anzuordnen. Hat in einem solchen Falle ein anderer Anwalt die Vertretung für den diensthabenden übernommen, dann ist der diensthabende verpflichtet, eine in der Dienstperiode des Uebernehmers angefallene Rechtssache nach Wahl des Uebernehmers für diesen zu führen. Ist der Fall nicht dringend oder erachtet der Leiter die Beschwerde nicht für begründet, dann entscheidet hierüber die Plenarversammlung der Anwälte der Rechtsschutzstelle.

Bei Einschreiten der Rechtsstelle im Sinne des Art. I. b) ist der mit der Vertretung zu betrauende Anwalt an die Sektion V. zu bestimmen.

VI.

Eine Plenarversammlung aller der Rechtsschutzstelle angehörigen Anwälte, für deren Tagungen die für die Sektion für soziale Fürsorge jeweils geltende Geschäftsordnung Anwendung zu finden hat, ist je nach Bedarf mindestens aber einmal in vier Monaten vom Leiter der Rechtsschutzstelle einzuberufen. Diese Einberufung hat auch zu erfolgen, wenn mindestens 3 der Rechtsschutzstelle angehörige Anwälte diese unter Angabe der Tagesordnung verlangen.

Zur Einberufung einer solchen Plenarversammlung ist auch der Präsident der Kultusgemeinde oder sein Stellvertreter, sowie der Obmann der Sektion für soziale Fürsorge berechtigt, wenn der Leiter der Rechtsschutzstelle dem von einer dieser Personen gestellten Verlangen auf Einberufung der Plenarversammlung nicht entspricht.

VII.

Der hauptsächliche Zweck dieser Plenarversammlung ist der Austausch der in der Rechtsschutzstelle gemachten Erfahrungen. Zu diesem Behufe sowie zu statistischen Zwecken ist auch ein besonderes Tagebuch anzulegen, in welches vom diensthabenden Anwalte die von ihm übernommenen Fälle und die Art ihrer Erledigung unter genauer, aber möglichst kurzer Darstellung des Sachverhaltes einzutragen sind. Der wesentliche Inhalt des Tagebuches ist der Plenarversammlung bei jeder Tagung mitzuteilen, soweit die Mitteilung nicht schon in einer früheren Plenarversammlung erfolgte.

VIII.

Ueber die Tagung der Plenarversammlung vorgebrachten Vorstellungen und die Art ihrer Erledigung ist ein Beschwerdebuch zu führen, welches vom Leiter aufzubewahren ist.

IX.

Ueber die Tagungen der Plenarversammlung wird ein Protokollbuch geführt, welches in der Kultusgemeindekanzlei aufliegt.

… [illegible] … Rechtsschutzstelle zu verhindern ist jeder An-

walt verpflichtet, sein volles Honorar gegen diejenige Partei geltend zu machen, welche fälschlich Unbemitteltheit vorgeschützt hat. Der eingegangene Betrag ist der Armenkassa der Kultusgemeinde abzuführen.

XI.

Die Beamten der Kultusgemeinde sowie die Armenkommission derselben ist verpflichtet, über Verlangen des Leiters der Rechtsschutzstelle, sowie des diensthabenden Anwaltes Erhebungen über die Vermögensverhältnisse der Rechtsuchenden vorzunehmen.

XII.

Die Rechtsschutzstelle untersteht der Aufsicht des Kultusrates, welchem auch das Recht zusteht, die Wahl des Leiters oder seines Stellvertreters jederzeit zu widerrufen. Dem Präsidenten der Kultusgemeinde und dessen Stellvertreters sowie dem Obmanne der Sektion für soziale Fürsorge steht das Recht zu, an den Plenarversammlungen mit beschließender Stimme teilzunehmen.

Andererseits ist aber der Leiter der Rechtsschutzstelle zu jeder Sitzung der Sektion V oder jeder Armenkommission in welcher Angelegenheiten der Rechtsschutzstelle zur Verhandlung kommen sollen, einzuladen. In diesen Angelegenheiten steht ihm das Recht zu, an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen.

XIII.

Der Inhalt des Statutes der Rechtsschutzstelle ist auf geeignete Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

*

Mähr.-Ostrau.

Donnerstag, den 5. ds. fand im Bräuhaussaale eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Leopold Lebowitsch, Generalsekretär des Misrachi aus Berlin, über „Orthodoxie und Zionismus" sprach. Der Versammlung folgte am Samstag abends eine interne Zusammenkunft, die unter Vorsitz von Herrn Lichtig aus Presov stattfand und in der Herr Lebowitsch, der Sekretär des Misrachi-Zentralbüros in Bratislava Herr Müller sowie der Vorsitzende Herr Lichtig sprachen. So gediegene und temperamentvolle Darlegungen wie die der Herren Lebowitsch und Lichtig haben wir selten gehört. Die Versammlung führte zur Gründung einer Ortsgruppe des „Misrachi" in Mähr.-Ostrau, der nach den erfreulichen Auspizien der Anfang ein gedeihliches Wirken beschieden sein dürfte.

Michalovce.

Am 19. Nissan fand hier die dritte ordentliche Generalversammlung des „Zeire Hamisrachi" statt. Herr Armin Friedmann eröffnete die Versammlung; nach einleitenden Worten von Herrn Samu Ehrenfeld erstattete Sekretär Ch. Malz den Tätigkeitsbericht, Sami Goldfinger den Kassabericht, Armin Friedmann den Nationalfondsbericht. In der Debatte sprachen u. a. die Herren Eichenbaum, Samu Ehrenfeld und Malz. Ein neuer 15gliedriger Ausschuß wurde gewählt. — Am 24. Nissan sprach mit großem Erfolg Herr Leopold Lebowitsch, Generalsekretär des Misrachi.

Wer weiß etwas

über die jüdische Abstammung anzugeben von: Julius von Wiesner, Botaniker, geb. in Tschechen bei Brünn 1838; Emil Orlik, Maler; August Weismann, Zoolog, geb. 1834 in Frankfurt; Albert Matkowsky, Schauspieler, geb. 1858 in Königsberg? Gefl. Zuschriften an Dr. Awraham Schwadron, Wien, IX., Seegasse 25/15.

Bisenz.

In Berichtigung eines Druckfehlers stellen wir fest, daß sich Herr Alfred Juhn, Sohn des bekannten Gurkenexporteurs Herrn Paul Juhn in Bisenz, mit Fräulein Grete Ullmann aus Boskowitz vermählt hat. Bei der Hochzeit wurden 300 Kč für den Jüd. Nationalfonds gespendet.

Barissia-Jordania.

Die Chargenwahlen für das SS. 1921 hatten folgendes Ergebnis: M. U. C. Albert Perl, Erstchargierter, Ing. cand. Hans Cervenka Zweitchargierter, chm. Johann Strauß Drittchargierter.

Gaya.

Montag, den 25. April sprach über Einladung des hiesigen „Jüdischen Volksrates" Dr. Gustav Kohn, (Mähr.-Ostrau) über „aktuelle jüdische Fragen". Der Referent wies namentlich auf die Bedeutung der Schekelaktion im heurigen Jahre hin und sprach die Hoffnung aus, daß auch Gaya in diesem Jahre eine größere Anzahl Schekalim aufbringen werde, als früher. Der Vorsitzende der Versammlung Dr. Schindler (Gaya) referierte über die Tätigkeit des Konsistentages. Ernst Hayek ermahnte diejenigen die für den Keren Hajessod noch nicht gezeichnet haben, dieses schnell nachzuholen.

Troppau.

Seit dem letzten Berichte geht das jüdische und insbesondere das zionistische Leben ruhig seinen Gang weiter. Purim brachte uns eine unter der Leitung von Irma Weinstein und eines zahlreichen, rührigen Komitees stehende „Kopfredoute", die übereinstimmenden Urteile zufolge das Ereignis der Saison war. Der beträchtliche Reingewinn floß lokalen jüdischen Wohlfahrtszwecken und dem Jüdischen Nationalfonds zu. Unsere im „Blauweiß" organisierte Jugend veranstaltete am 2. und 4. April ihre Purimfeier, die am ersten Abende eine wohlvorbereitete Akademie, die nebst musikalisch-rezitatorischen Darbietungen auch eine ganz außerordentlich gute Aufführung des Grillparzerschen Esther-Fragments brachte. Von Vorträgen sind zu erwähnen die Veranstaltungen des jüd.-lit. Vereines, der einmal Frl. Martha Finkler, das Mitglied des Troppauer Stadttheaters als Gast begrüßte. Frl. Finkler las mit gewohnter Kunst u. a. auch Bibel und Psalmen. Gg. Dr. Leschner sprach beim nächsten Vereinsabend über „Rudha und seine Lehre". An einem der allwöchentlichen Vereinsabende des „Jeschurun" referierte Gg. Dr. Gustav Kohn über den Zionistentag und gab ein anschauliches Bild von dessen Beratungen. Den eigentlichen Kern zionistischer Arbeit leisten die Zusammenkünfte des „Jeschurun", die am Montag jeder Woche im Saale der Kultusgemeinde stattfinden und alle Probleme des jüdischen Lebens zum Gegenstande der Besprechung machen, insbesondere die augenblicklich dringlichen Fragen von Schekel und Keren Hajessod. Alle Troppauer Gg. werden darauf aufmerksam gemacht, daß Nationalfonds-Telegrammblankette erhältlich sind bei Blum und Israel. Kultusgemeinde.

Jüdischer Sport

Jägerndorfer Sportverein komb. — Hakoah Troppau. 3:4 (0:3). In der ersten Halbzeit Ueberlegenheit der Hakoah, die durch Wurzel (2) und Grün erfolgreich ist. Nach der Pause wird das Spiel offen und es gelingt Jägerndorf auszugleichen. Knapp vor Schluß erzielt Hakoah durch Groß II das siegbringende Tor. Bei Hakoah gut: Winterberg, Ticho, Haas, Imre, Wurzel, Grün.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.